№ 156. Abendblatt.
Freitag, 4. April.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Wallrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46. O. Gr. Frankfurter Str. 87, SO. Kottbuser Str. 1. S. Kommandantenstr. 58, N. Chausseestr. 67. C. Neue Schönhauserstr. 3.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges. Berlin W. Lützowstraße 105.

# Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4,50 M.
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

## Ein Kreissynodal-Nachspiel,

dessen Mittelpunkt der kürzlich verstorbene Superintendent Lic. Kreibig an der Berliner Bartholomäuskirche war, ist geeignet, allenthalben großes Interesse zu erwecken.

Es ist jetzt ein rundes Jahr her, daß die „Germania" mehrere protestantische Kirchen von Kreibig's Superintendentur, die St. Nikolai-, St. Marienkirche und die Kirche zum Grauen Kloster kurzer Hand für die Berliner Katholiken reklamirte, weil diese Kirchen aus der alten katholischen Zeit stammten und in Folge der veränderten Verhältnisse für die Protestanten entbehrlich wären. Dabei hatte die „Germania" behauptet, daß in Folge der ausschließlichen Verwendung der Häuser in der inneren Stadt zu gewerblichen Zwecken diese Kirchen eigentlich keine Gemeinden mehr besäßen und die Zahl ihrer Sonntagsbesucher höchstens nach Dutzenden zählten. Dem ultramontanen Blatte wässerte ordentlich der Mund nach diesen „schönsten und sehenswerthesten Kirchen der Stadt," und gehobenen Gefühls schrieb das klerikale Organ: „Man könnte es als eine Art Nemesis betrachten, daß diese nach der Glaubensspaltung dem katholischen Kultus entzogenen Kirchen unter dem Protestantismus der Verwaisung anheim zu fallen drohen." Daß vor Kurzem in einem andern ultramontanen Blatte, in der „Köln. Volksztg.", ein „alter Berliner" gestand, daß gerade diese im alten Berlin belegenen Kirchen am meisten besucht würden, daß mag auf sich beruhen bleiben. Zu dem auf der Kreissynode Berlin I im Mai v. J. erstatteten Ephoralbericht ging Superintendent Kreibig nach dem in Nr. 232 der „Volkszeitung" vom 20. Mai v. J. mitgetheilten Referat mit der „Germania" wie folgt ins Gericht:

„Die Anziehungskraft, welche die katholische Kirche auf ihre Gemeindeglieder ausübt, besitzt die evangelische Kirche ja freilich nicht. Wir haben in unseren Altären keine eingemauerten Knochen von sogenannten Heiligen und keine so wunderlichen Reliquien wie das Hemd der Jungfrau Maria und das Präputium des Jesuskindes, die eine schaulustige Menge anlocken, setzen auch für den irdischen Kirchenbesuch keine himmlischen Prämien aus. Wenn aber jener Berichterstatter der „Germania" etwas fleißiger in den Kirchen sich umsehen wollte, würde er z. B. in Paris und Rom manche noch ältere katholische Kirche finden, wo man auch die Besucher zählen kann, während er in jenen beiden alten Gotteshäusern der Diözese — die Klosterkirche ist wegen Baulichkeiten zur Zeit geschlossen — nicht selten eine die weiten Räume füllende, sehr andächtige Gemeinde antreffen könnte."

Die „Germania" fiel gleich am folgenden Tage (Nr. 116 vom 22. Mai v. J.) über den Superintendenten Kreibig wegen dieser Aeußerungen her, aber nicht, um die von ihm angeführten Thatsachen in das Reich der Fabel zu verweisen, sondern die Erhebung einer Anklage auf Grund des § 166 des Reichsstrafgesetzbuches zu verlangen. Eine förmliche Denunziation gegen den Superintendenten Kreibig bei der Staatsanwaltschaft war die Folge. Es wurde gegen den evangelischen Geistlichen ein Ermittelungsverfahren eingeleitet. Zur Anklage ist es indeß nicht gekommen, denn nach einer klaren und bündigen Widerlegung der Beschuldigungen seitens des Denunzirten wurden die Denunzianten abgewiesen. Die Denunziation war um so unverständlicher, als der Ephoralbericht nur notorische Thatsachen mitgetheilt hatte, ohne auch nur ein Wort zu gebrauchen, das irgendwie als „beschimpfend" im Sinne des § 166 hätte angesehen werden können.

Zunächst wurde die Bezeichnung der Reliquien als „Knochen" beanstandet. Dabei ist es eine auch der „Germania" sehr wohl bekannte Thatsache, daß in den Hauptaltar jeder Kirche einzelne Knochen oder Knöchelchen von Heiligen, niemals aber ganze Leiber oder Gebeine, eingeschlossen, ja durch eine Steinplatte geradezu „eingemauert" werden, damit der Priester über diesen Reliquien die Messe lese. Außerdem werden die Reliquien in den Dedikationsurkunden von Kirchen in der Regel ossa Sanctorum (Knochen von Heiligen) ausdrücklich genannt. Sodann wurde aus der Behauptung, daß die Reliquien eine schaulustige Menge anlocken, eine Beschimpfung der katholischen Kirche zu konstruiren gesucht, als ob diese es darauf anlege, die Menge anzulocken. Der Bericht sagt aber nur, daß die Reliquien an sich die Eigenschaft besitzen, eine schaulustige Menge anzulocken.

Was die sonstigen thatsächlichen Angaben Kreibig's betrifft, so war ihm bekannt, so gut wie dies der „Germania" bekannt ist, daß das Hemd der Jungfrau Maria das Hauptstück der Heiligthümer des Münsters in Aachen ist. Alle sieben Jahre wird es dort neben den Windeln des Jesuskindes 14 Tage lang hoch vom Münsterthurm den die Straßen füllenden Gläubigen gezeigt, die beim Anblick auf die Knie fallen. Vor kurzem hat die „Köln. Volksztg." mitgetheilt, daß in diesem Jahre, und zwar im Juni, die öffentliche Vorzeigung wieder stattfinden wird.

Ueber die Geschichte der vom Superintendenten Kreibig erwähnten Reliquie des Präputiums des Jesuskindes findet man das Nähere im ersten Bande (Seite 3—8) der „Acta Sanctorum" der Bollandisten, dieses standard work des Jesuitenordens. 500 Jahre ist diese Reliquie in zwei Exemplaren je zu Rom und Antwerpen im Mittelalter verehrt worden, bis die Calvinisten das eine Exemplar im 16. Jahrhundert in Antwerpen vernichtet haben.

Jetzt ist an die Stelle dieses Kultus eines Theiles vom Leibe Jesu der Kultus des hl. Herzens getreten, aber noch in der neuen, 1863 begonnenen Ausgabe der „Acta Sanctorum" bedauern die Herausgeber, daß das eine Exemplar des Präputiums in Antwerpen „durch die Wuth der Ketzer" vernichtet worden ist.

* * *

Bei ruhiger Ueberlegung hätten sich unter solchen Umständen die ultramontanen Denunzianten des Lic. Kreibig von selbst sagen müssen, daß kein Staatsanwalt ihrer Denunziation auf Grund des § 166 würde Folge geben können. Doppelt charakteristisch bleibt es deswegen für sie, daß sie es mit der Anrufung des Strafrichters versucht haben, obwohl Herr Kreibig sicher nicht gezögert haben würde, seine rein thatsächlichen Angaben zurücknehmen, wenn ihm von konfessionsgegnerischer Seite nachgewiesen worden wäre, daß er in der Synode Unrichtiges vorgetragen habe. Statt dessen hat die unbesonnene Denunziation lediglich dazu beigetragen, daß die Wahrheit der von Kreibig angeführten Thatsachen ausdrücklich erhärtet worden ist.

Die Episode zeigt wieder einmal — und das ist die Nutzanwendung — daß es im dringenden öffentlichen Interesse ist, den § 166 endlich aus der Welt zu schaffen, damit er nicht von aufgeregten Fanatikern dazu benutzt werden kann, Jemanden in die Unannehmlichkeiten eines gerichtlichen Verfahrens hineinzudrängen, der nichts gethan hat, als daß er unbestreitbare Thatsachen als Argument gebraucht hat.

---

**Die verhinderten Spitzen.** Der rheinische Provinzialschulverband, der in den Augen der „Köln. Volksztg." antikatholisch und atheistisch ist, tagte vom Sonntag bis Mittwoch in Koblenz. Der Oberbürgermeister ließ dem Vorstande des Verbandes mittheilen, daß er der Eröffnung der Verhandlungen nicht beiwohnen werde, und dann folgten die weiteren Ueberraschungen Schlag auf Schlag. Die „Rhein.-Westf. Ztg." berichtet:

Zwar nahm der Vorsitzende in der ersten Versammlung sofort Gelegenheit, die Ziele des Verbandes dazulegen, der einzig und allein bestrebt sei, die Knaben zu christlichen deutschen Männern zu erziehen und sich aller antikatholischen Tendenzen zu enthalten. Gleichzeitig mußte aber vom Vorsitzendtische aus bekannt gemacht werden, daß der Oberpräsident bedauere, der Einladung, den Berathungen beizuwohnen, nicht nachkommen zu können. Ebenso lautete auch das Schreiben des Regierungspräsidenten von Koblenz. Und nun folgte das weitere Bedauern auch der Regierungspräsidenten von Trier, Köln und Düsseldorf, daß es ihnen ebenso wenig möglich sei, einen Vertreter zu entsenden. Natürlich fehlte jedes Mal nicht der übliche Wunsch, daß die Berathungen einen ersprießlichen Fortgang nehmen möchten.

Dies wird hoffentlich auch ohne die Theilnahme der Spitzen vor sich gegangen sein.

---

**Die Reichstagsersatzwahl in Elbing-Marienburg.** Das heute Vormittag vorliegende Resultat der Reichstagsersatzwahl lautet: v. Oldenburg (B. d. L.) 8363 Stimmen, Zagermann (Ztr.) 2530, Kindler (freis.) 1235, Wagner (natlib.) 398, König (Soz.) 4901. Zwanzig Ortschaften stehen noch aus; voraussichtlich ist eine Stichwahl zwischen von Oldenburg und König erforderlich. — In der Stadt Elbing zeigte sich bei der Wahlbetheiligung namentlich in Mittelstandskreisen eine passive Demonstration; während die Wahlbetheiligung bei früheren Wahlen 70 bis 75 pCt. in der Stadt betrug, wählten diesmal nur 60 pCt.

Bei der Wahl im Jahre 1898 siegte der konservative Kandidat mit 9346 Stimmen im ersten Wahlgange, auf den nationalliberalen Kandidaten entfielen 1048 Stimmen, den freisinnigen 591, den des Zentrums 3034, den Polen 26, den sozialdemokratischen 4473.

Während also bei der letzten Wahl die entschieden anti-agrarischen Parteien, d. h. die freisinnige Volkspartei und die Sozialdemokratie, zusammen 5064 Stimmen auf sich vereinigten, haben sie es jetzt, wo noch das Resultat aus 20 Ortschaften fehlt, schon auf 6136 gebracht. Dieser Zuwachs von mehr als 1000 Stimmen bedeutet ein neues Volksurtheil über die Brotvertheuerungspolitik.

**Zur Geschichte des Vorläuferverbots** bemerkt die „Nat.-Ztg." gegenüber der offiziösen Erklärung von gestern Abend:

Unsere Mittheilung, daß der Erlaß des Vorläuferverbots dem Reichs-Gesundheitsrath nicht zur Begutachtung vorgelegen habe, wird von der „Nordd. Allg. Ztg." als „unrichtig" bezeichnet. Das Blatt selbst aber kann nur feststellen, daß „der Reichs-Gesundheitsrath, Ausschuß für Ernährungssachen und Unterausschuß für Fleischbeschau" in der Sitzung vom 12. Oktober v. J. zu der Angelegenheit Stellung genommen habe. Ein Ausschuß und ein Unterausschuß sind aber eben nicht „der" Reichsgesundheitsrath, selbst wenn noch einige andere Personen hinzugezogen werden. Das offiziöse Dementi trifft also an den Ausführungen unseres Gewährsmannes vorbei, der zufolge kompetente Fachmänner, die Mitglieder des Reichsgesundheitsraths sind, unbefragt blieben.

Und gerade in dem vorliegenden Falle war es durchaus nothwendig, kompetente Fachmänner, d. h. Chemiker, zu befragen. Was werden die in die Enge getriebenen Offiziösen nun zu erwidern haben?

---

**Wer trägt die Getreidezölle?** Zu dem lächerlichen Gemeinplatze der agrarischen Agitatoren: „Das Ausland trägt den Zoll", wird der „Nat.-Ztg." geschrieben:

„Bei einer gelegentlichen Anwesenheit in Konstanz fand ich in einer Konstanzer Zeitung und in einer Thurgauer die Brottaxen der beiden Gebiete. Ich rechnete mir die Brotpreise des Schwarzbrots in beiden Gebieten heraus und fand zufällig, daß das Schweizer Brot um 3½ Pfennig pro Pfund billiger war als das Konstanzer. Es kroppirte mich, daß die weggefallene Kleie nicht die Differenz größer gemacht hatte. Sie betrug also gerade den Zoll. Zugleich erfuhr ich, daß die Arbeiter aus Constanz allabendlich ihre 3 Pfund Brod aus ihrer Arbeitsstelle in der Schweiz zollfrei mitbrächten. Ich ging die halbe Stunde bis zur Zollstätte, und da trafen Abends die Arbeiter mit ihren 3 Pfund Brod im Sack ein und führten es frei nach Constanz. Das macht also täglich 10½ Pfg. Ersparniß aufs Brod oder im Jahr an Brodzoll **38,32 M.** Wer würde eine solche Steuer zu Gunsten der Großgrundbesitzer wohl einem Arbeiter direkt auferlegen. Und nun gar von 6 M. pro Centner oder jährlich 73 M. für den Arbeiter!"

Trotzdem in diesem Sinne schon hundertmal die Agrarier Lügen gestraft worden sind, bringen sie immer wieder die alte Mär aufs Tapet, daß das Ausland den Zoll trägt.

---

**Der empfindsame Reichskanzler.** Nach einer Information der „Chemnitzer Allg. Ztg." hätte Graf Posadowsky, als bedeutendster Amtsgenosse und Stellvertreter des Reichskanzlers, von diesem den Auftrag gehabt, in Dresden wegen der Kritik, welche die Finanzminister von Watzdorf und Dr. Rüger im sächsischen Landtage an der Finanzwirthschaft des Reiches geübt, vorsitzlig zu werden und dahin zu wirken, daß man „in Zukunft die an sich berechtigte Kritik über Mißstände in der Reichsverwaltung nicht an die große Landesglocke hänge", sondern ordnungsgemäß im Bundesrathe vorbringe.

Ueber die Sitzungen des Bundesraths werden eingehende Berichte von dem Gange der Verhandlungen nicht veröffentlicht; was bleibt da den Vertretern der Einzelstaaten in ihrer Finanzbedrängniß übrig, als „die Flucht in die Oeffentlichkeit"?

---

**Den Nachruf des bayerischen Zentrums für Dr. Lieber** veröffentlicht der „Bayer. Kur.". Das Blatt schreibt:

Dr. Lieber galt seit dem Tode Windthorst's als der Führer der Zentrumsfraktion des Reichstags, obwohl er keineswegs den Einfluß des Letzteren besessen. Dr. Lieber war nachgerade zum Mittelsmann zwischen Regierung und Zentrum geworden, und das mußte ihn selbstredend dann und wann in Konflikt mit dem demokratischen Flügel der Zentrumspartei bringen. Ob die von ihm der Regierung gegenüber befolgte und empfohlene Taktik allzeit die richtige war, ob sie dann und wann eine verfehlte war, das zu beurtheilen liegt außer dem Bereiche unserer Möglichkeit, da zu einer gerechten Würdigung die Kenntniß aller einschlägigen Verhältnisse und der geheimsten Faktoren Voraussetzung wäre.

Kürzer und kälter konnte dieser Nekrolog nicht gut ausfallen. Der Scherz mit dem „demokratischen" Flügel des Zentrums hätte bei dieser Gelegenheit wegbleiben können. Von Demokratie ist im Zentrum nicht die Rede.

---

**Deutschland und die tripolitanische Frage.** Zu der Auslassung des Grafen Bülow über Tripolis in seiner Unterredung mit Herrn Prinetti veröffentlicht die Münchener „Allg. Ztg." die nachstehende Erläuterung ihres Berliner Offiziosus vom 2. April:

Heute ist durch das Wolff'sche Telegraphen-Bureau über ein Interview berichtet worden, daß ein Vertreter des „Giornale d'Italia" mit dem Reichskanzler Grafen v. Bülow gehabt hat. Darin wird auch die tripolitanische Frage berührt, wie es übrigens auch in den Unterredungen des Grafen Bülow mit Herrn Prinetti geschehen ist. Graf Bülow hat Prinetti gegenüber nach einer Version betont, daß Deutschland der italienischen Regierung keine Schwierigkeiten bereiten werde. Nach dem von dem „Giornale d'Italia" mitgetheilten Interview hat Graf Bülow dagegen ausweichend geantwortet und den Gesichtspunkt geltend gemacht, daß Deutschland im Mittelmeer nur das Interesse habe, den berechtigten Einfluß seiner Verbündeten sich in friedlicher Weise entwickeln zu sehen.

Die Divergenz zwischen diesen beiden Meldungen erklärt sich in der folgenden Weise: Graf Bülow hat allerdings die allgemein freundliche Stellung zu den Bestrebungen Italiens im Mittelmeer festlegen wollen. Dabei ist freilich auch die Grenze angedeutet worden, innerhalb deren Deutschland sich zu einem etwaigen italienischen Unternehmen freundlich stellen könnte. Es ist daher in dem Interview der Hinweis enthalten, daß Deutschland bei seinem nur mittelbaren Interesse an dieser Entwickelung sich nicht mit dem Interesse eines einzelnen seiner Verbündeten identifiziren kann und daß die Wahrnehmung dieser Interessen in friedlicher Weise erfolgen müßte.

Den Geschmack an „Plätzen an der Sonne" scheint Graf Bülow verloren zu haben.

---

**Ueber eine neue Spionenaffaire** wird uns aus Italien geschrieben:

Vor dem Kriegsgericht Spezia beginnt demnächst der Prozeß gegen den Schiffsleutnant Bonacorsi wegen Hochverraths. Bonacorsi wird beschuldigt, gegen Bezahlung einer sehr bedeutenden Summe die Pläne der Inselfestung Maddalena an den Agenten eines fremden Staates (Frankreich) ausgeliefert zu haben. Die Flottenstation Maddalena liegt im Norden von Sardinien, hart neben der kleinen Ziegeninsel G. Garibaldi's; sie gilt als strategischer Punkt ersten Ranges; denn sie sperrt nicht nur hermetisch die Straße von St. Bonifazio und bedroht direkt ganz Korsika, sondern schützt als weit vorgeschobene Seefestung auch die ganze Westküste Italiens.

---

**Waldeck-Rousseau's Rücktritt** bildet noch immer den Unterhaltungsstoff der französischen Presse. Neuerdings will die „Aurore" erfahren haben, daß der Ministerpräsident nicht, wie seit längerer Zeit gerüchtweise verlautet, nach den Wahlen, sondern noch vor den Wahlen mit dem gesammten Kabinet zurücktreten wolle. Waldeck-Rousseau beabsichtige hierdurch, die vollständige Neutralität des Ministeriums gegenüber den Wahlen zu bekunden.

Abwarten!

---

**Die Unruhen in Albanien** nehmen auch ohne die freundliche Mitwirkung Ricciotti Garibaldis immer größeren Umfang an. Es sind in den letzten Tagen blutige Zusammenstöße zwischen den Aufständischen und den türkischen Truppen erfolgt. Die Pforte hat demzufolge Verstärkungen nach Ipek, Mitrowitza und Pristina abgehen lassen.

---

**Zur Londoner Krönungsfeier.** Großbritannien hat der Münchener „Allg. Ztg." zufolge den Regierungen notifizirt, jedes Land möge nur ein Kriegsschiff zur Krönungsfeier schicken. Der Grund ist anscheinend die Unmöglichkeit, für die andernfalls zu erwartende große Zahl fremdländischer Offiziere angemessen sorgen zu können.

---

**Zur Friedensaktion.** Während die letzten Telegramme aus Südafrika berichteten, daß es Schalk Burger und anderen Mitgliedern der Transvaalregierung endlich gelungen sei, mit Steyn in Verbindung zu treten, wird andererseits behauptet, Steyn habe sich zu De Wet begeben, um mit diesem eine Unterredung zu haben. De Wet besitze großen Einfluß auf Krüger.

Ein erneutes Telegramm behauptet, Steyn befände sich bei Delarey und Kemp.

„Daily Mail" berichtet aus Brüssel: Dr. Leyds habe erklärt, die von der „Daily Mail" veröffentlichten Friedensbedingungen seien die der englischen Regierung. Die Buren könnten sie aber nicht annehmen, weil sie nicht klar und bestimmt die Unabhängigkeit enthalten. Die in nächster Zeit stattfindende Konferenz der Buren-Delegirten mit dem Präsidenten Krüger wird hierüber endgiltig Klarheit schaffen.